

Arbeiter wurde von Müllauto eingeklemmt und getötet

BREGENZ. Bei einem tragischen Unfall starb in Nüziders (Bezirk Bludenz) ein 54-jähriger Mitarbeiter der Müllabfuhr. Der Mann wurde Dienstagmittag zwischen dem rückwärts fahrenden Müllwagen und einem Pkw eingeklemmt und dabei tödlich verletzt. Die rasch eingeleiteten Reanimationsversuche an Ort und Stelle blieben erfolglos, wie die Vorarlberger Polizei mitteilte. Drei Mitarbeiter der Müllabfuhr waren am Dienstag unterwegs, um

in Nüziders Altpapier von den Haushalten abzuholen. Da es in einer Straße für eine Kehrtwendung zu eng war, fuhr der Lkw-Lenker im Retourgang. Hinter dem Müllwagen befand sich aber auch ein Pritschenwagen, der ebenfalls zurück fuhr. Allerdings deutlich langsamer als der Müllwagen. So stieß das Müllauto mit seinem Heck gegen die Front des Pritschenwagens und klemmte den 54-jährigen ein. SN, APA



KRITIKRAX

Francesca Habsburg zieht von Österreich in die Schweiz. Für einen Habsburger heißt das: Zurück zu den Wurzeln.

28-Jährige wurde getötet und ihre Wohnung angezündet

FRASTANZ. Einsatzkräfte der Feuerwehr entdeckten Mittwoch früh nach einem Brand in einer Wohnung in Frastanz (Bezirk Feldkirch) die Leiche einer 28-jährigen Frau. Um die genaue Ursache ihres Todes zu klären, wurde sie in Innsbruck obduziert. Aufgrund der Ergebnisse dieser Obduktion geht das Landeskriminalamt Vorarlberg nun von einem Tötungsdelikt aus. Die Frau sei einem Gewaltverbrechen

zum Opfer gefallen, mehr wollte die Vorarlberger Polizei vorerst aus ermittlungstechnischen Gründen nicht bekannt geben.

Die Feuerwehr beschrieb das Feuer als verhältnismäßig klein, der Brand sei rasch gelöscht worden. Nach den Löscharbeiten wurde allerdings der Leichnam der jungen Frau in dem Zimmer entdeckt. Wie es zu dem Feuer kam, ist noch unklar und ebenfalls Gegenstand von Ermittlungen. SN, APA

Vom Krieg in die Gewaltspirale

Schießereien, brutale Schlägereien und Messerattacken. Werden Menschen, die aus einem Kriegsgebiet geflohen sind, öfter straffällig? Die Zahlen dazu sind mit Vorsicht zu genießen.

**EVA HAMMERER
MARIAN SMETANA**

WIEN, WELS. Eine Schusswaffe, ein Messer, eine Eisenstange und ein Schaufelstiel. Das sind die Waffen, die bei einem Streit zwischen 15 Afghanen und Tschetschenen am Dienstag in Wels benutzt wurden. Ein Großaufgebot der Polizei war notwendig, um die Rauferei zu beenden. Die Polizei vermutet hinter der Streiterei ein Drogengeschäft. Laut oberösterreichischen Ermittlern lebten alle Kontrahenten schon länger als anerkannte Flüchtlinge oder als subsidiär Schutzberechtigte in Österreich.

Sind Menschen, die den Krieg erlebt haben, per se krimineller? Der Vorwurf ist oft zu hören. Die FPÖ hatte im Juli eine parlamentarische Anfrage an Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) zum Thema „Fremdenkriminalität im ersten Halbjahr 2015“ gestellt und „Gesamtkriminalität in Österreich im ersten Halbjahr 2015“. Laut den Zahlen aus dem Innenministerium wurden von Jänner bis Juni 2.496 Fälle zur Anzeige gebracht. Zudem wurden 120.027 Personen angezeigt: 75.223 Inländer, 44.804 mit anderer Staatszugehörigkeit. Unter ihnen sind 6546 Asylbewerber. Zahlen, wie viele der 44.804 angezeigten Ausländer anerkannte Flüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte sind, gibt es nicht.

Veronika Hofinger vom Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie in Wien relativiert die Statistik: „Es handelt sich um angezeigte Perso-

nen, nicht um verurteilte.“ Sie weist darauf hin, dass der Anteil der Asylbewerber unter den Verdächtigen bei fünf Prozent liege und es keinen massiven Anstieg gegeben habe. „Im Vorjahr lag der Anteil bei vier Prozent. Es gab aber auch schon Jahre, da lag dieser deutlich höher.“

Sie und ihre Kollegen untersuchen derzeit, nach welchen Kriterien Polizeibeamte die Angezeigten als Asylbewerber einstufen. „Viele Verdächtige geben an, dass sie Asylbewerber seien, um sich zu schützen“, sagt Hofinger. Ihr Resümee:

Fünf Prozent der Verdächtigen sind Asylbewerber

„Diese Kategorie ist nicht exakt: Ich vermute, dass sich darunter auch Personen finden, deren Anträge abgelehnt wurden oder die sich illegal im Land befinden.“

Laut der Soziologin sagt die polizeiliche Anzeigestatistik „nur wenig über das wahre Ausmaß von Kriminalität aus“. Sie verweist auf England, wo die Polizei solche Daten nur noch in Kombination mit der Befragung von Opfern veröffentlichte. „Weil man sich der Verzerrung in den Anzeigendaten bewusst ist.“ Kriminalität sei kein Sachverhalt, der gemessen werden könne wie die Temperatur. „Dass etwas angezeigt wird, schließt immer auch einen Bewertungsprozess als ‚kriminell‘ mit ein.“ Das sei auch von den Regeln der statistischen Erfassung abhängig. Deutlich wird dies etwa im



Es sind oft nur Softguns, aber viele junge Tschetschenen zeigen sich in Gewaltposen im Internet. BILD: SN/FACEBOOK

Bezirk Baden, in dem das Asyl-Erstaufnahmelager Traiskirchen ist. Dort ist bei den Anzeigen ein Anstieg um 49 Prozent zu verzeichnen. Auf den ersten Blick könnte man das auf die Asylbewerber zurückführen. Die Polizei erklärt den Anstieg anders: Mit jedem Asylbewerber, der in Traiskirchen ankommt, wird eine Anzeige gegen unbekannt wegen Schlepperei erstattet.

Wird ein Flüchtling wegen eines schweren Verbrechens rechtskräftig verurteilt oder stellt er eine Gefahr für die Sicherheit der Republik dar, kann er den Flüchtlingsstatus verlieren und abgeschoben werden. Außer wenn seit der Asylgewährung fünf Jahre vergangen sind. Dann ist eine Aberkennung zwar zulässig, aber der Betroffene darf im Land bleiben.

92-Jähriger wollte im Wahn seine Frau ermorden

KLAGENFURT. Wegen eines Mordanschlags auf seine Frau wurde am Mittwoch ein 92-jähriger von Geschworenen in Klagenfurt schuldig gesprochen. Der Mann wird in eine Anstalt für abnorme Rechtsbrecher eingewiesen. Der betagte und stark schwerhörige Mann bekannte sich vor Gericht zwar schuldig, gab aber an, sich an die Tat vom 30. Dezember 2014 nur zum Teil erinnern zu können. Damals hatte er – laut Gutachten „in einer Wahnvorstellung“, ausgelöst durch fortschreitende Demenz – seine Ehefrau mit einem Kochtopf und einem Messer attackiert. Zum Tatzeitpunkt sei der

bisher unbescholtene und unauffällige Mann wegen „höherer geistiger und seelischer Abartigkeit“ unzurechnungsfähig gewesen, lautet die Expertise des Psychiaters. Der Staatsanwalt wurde fichteter jedoch, der Mann werde nochmals versuchen, seine Frau zu töten. Er forderte die Einweisung und fragte den Angeklagten, wie er heute zu seiner Frau stehe, mit der er seit 1948 verheiratet ist. „Ich habe meine Frau immer geliebt und liebe sie heute noch“, sagte er und brach in Tränen aus. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. SN, APA

KURZ GEMELDET

Nach A4-Tragödie ist das Strafverfahren in Ungarn

EISENSTADT. Das Strafverfahren nach der Flüchtlingstragödie an der Ostautobahn (A4) wird in Ungarn stattfinden. Die Generalstaatsanwaltschaft stimmte dem Antrag der Staatsanwaltschaft Eisenstadt auf Übernahme des Strafverfahrens hinsichtlich der 71 in einem Lkw erstickten Flüchtlinge zu. Begründet wurde das damit, dass die Ende August tot in einem Kühl-Lkw entdeckten Flüchtlinge mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf ungarischem Staatsgebiet aus Letten gekommen seien. Fünf mutmaßliche Mitglieder eines Schlepperrings befinden sich in Ungarn in Untersuchungshaft. SN, APA

Dschihadist muss 4,5 Jahre hinter Gitter

ST. PÖLTEN. Wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung ist ein 23-jähriger gebürtige Tschetschene am Mittwoch am Landesgericht St. Pölten zu vierinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte ihm vorgeworfen, sich den Terrororganisationen IS („Islamischer Staat“) und „Emirat Kaukasus“ angeschlossen und von März bis November 2014 wiederholt in Syrien gewesen zu sein. Der russische Staatsbürger, der sich nicht schuldig bekannt hatte und einen Aufenthalt in dem Land abstritt, nahm Bedenkzeit. Die Entscheidung des Schöffensensats ist nicht rechtskräftig. SN, APA

Kinderporno-Sammlung: Kärntner angezeigt

KLAGENFURT. Die Polizei hat einen 32-jährigen Kärntner wegen seiner Kinderporno-Sammlung angezeigt. Ihm wurde der Besitz von 27.000 einschlägigen Bildern und 700 Videos nachgewiesen. Er soll auch mit Bildern gehandelt haben. SN, APA

Lange Haftstrafe für Zeltweger Bürgermeister

LEOBEN. Wegen Malversationen im Gemeinderat (1,5 Mill. Euro Schaden) wurden zwei Ex-Bürgermeister von Zeltweg verurteilt. Kurt Haller erhielt 4,5 Jahre Haft, Kurt Leitner acht Monate bedingt. Die Urteile sind nicht rechtskräftig. SN, APA